

Bau im Blick

 **BiB**

 BAUEN UND SERVICES
DIE BAUINDUSTRIE OST

Foto: Matthäi Bauunternehmen GmbH & Co. KG



02 | 2023

Kein Öl aus Russland: Folgen für den Straßenbau | Meinung: Verschleiß auf Raten
Konferenz „Nachhaltigkeit in der Bauindustrie“ | Arbeitsplatz auf 38.400 km
Baupraxis – Fahrinnenanpassung Spandauer Horn | Verband aktuell

Bau im Blick

BiB



Straßenbau



Ausbildung



Baupraxis



Bauindustrieverband Ost e. V.

Ausgabe: 02 | 2023

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Adresse:

Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam

Telefon: 0331/74 46-0

Fax: 0331/74 46-166

E-Mail: info@bauindustrie-ost.de

Hauptgeschäftsführer:

Dr. Robert Momberg

Verantwortlich für die Redaktion:

Daniel Anger

Ressortleiter Politik und Kommunikation

Redaktionsmitarbeit:

Dr. Robert Momberg	Hans Allner
Dieu Linh Dao	Mathias Kahrs
Herbert Mackenschins	Hubertus Nelleßen
Philip Ney	Michael Schmidt

Layout / Satz:

markenzoo®, Dr. Sven Lehmann, Dresden

Fotonachweis:

Bauindustrieverband Ost e. V.

Druck:

addprint AG, Bannewitz/OT Possendorf

Weitere Informationen unter:

www.bauindustrie-ost.de

Top-Thema

Straßenbau – Kein Öl aus Russland: Das sind die Folgen für den Straßenbau 4

MEINUNG

Verschleiß auf Raten – Der Staat als Bauherr 6

NACHGEFRAGT – DREI FRAGEN AN ...

... Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin 7

BAU IM BLICK

Konferenz „Nachhaltigkeit in der Bauindustrie“ 8

Mehr Sicherheit für Straßenwärter durch Digitalisierung 10

Regionalgruppe Chemnitz zu Besuch in Lissabon 11

Grundsatzpapier Nachhaltigkeit 11

AUSBILDUNG & NACHWUCHSSUCHE

Arbeitsplatz auf 38.400 Kilometern 12

Aus den Ausbildungszentren 14

LÄNDERSPIEGEL

Berlin | Wahlwiederholung in der Bundeshauptstadt 15

Berlin | SenWEB: Stakeholderworkshop zur Kreislaufwirtschaft 16

Brandenburg | Expertenkreis Bau Brandenburg 16

Brandenburg | Bündnis für Wohnen: 19. Werkstatt 17

Brandenburg | Bündnis für Wohnen Brandenburg: Sonderleitungsrunde 17

Sachsen | Expertenkreis Bau Sachsen 17

Sachsen | Streitthema Ausbau A4 18

Sachsen | Bau Pulverfabrik in Sachsen 18

Sachsen-Anhalt | Gespräch mit Dr. Reck, Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau 18

Sachsen-Anhalt | Im Dialog mit Magdeburgs Oberbürgermeisterin Borris 19

Sachsen-Anhalt | Austausch mit Verkehrsministerin Dr. Hüskens 19

BAUPRAXIS

Fahrrinnenanpassung Berlin Nordtrasse – Spandauer Horn 20

AKTUELLE RECHTSPRECHUNG

Planer und Bauüberwacher beauftragt: Kein Organisationsverschulden! 22

VERBAND aktuell

BAUKONJUNKTUR IN ZAHLEN 26

➤ Liebe Leserinnen und Leser der „Bau im Blick“,

in diesen Tagen erreichen uns regelmäßig neue Meldungen von stornierten Bauaufträgen und einer rückläufigen Auftragslage. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Stetig steigende Zinsen und Baumaterialpreise und eine halbherzige Förderlandschaft sorgen aktuell wahrlich nicht für ein attraktives Investitionsumfeld. Am stärksten bekommt vor allem der Wohnungsbau diesen Zustand zu spüren. Doch auch andere Baubereiche haben mit den Auswirkungen des Ukraine-Krieges zu kämpfen.

Ein prominentes Beispiel hierfür ist der Bezugsstopp von russischem Öl und die daraus resultierenden Folgen für die PCK-Raffinerie in Schwedt und den regionalen Straßenbau. Die Bauwirtschaft – aber vor allem der Straßenbau – ist demzufolge aufgrund des Bitumens im hohen Maße abhängig von der Raffinerie. Etwaige Preiserhöhungen aufgrund von Öl-Knappheit schlagen sich unweigerlich in Kostenerhöhungen der Asphaltmischwerke nieder, zum Leidwesen des Straßenbaus. Das führt dazu, dass sich zwangsläufig aus Quellen anderer Bundesländer bedient werden muss. Die damit einhergehende Zersetzung regionaler Verwurzelung von Produktion und Verwertung sowie die dadurch entstehenden längeren Transportwege stehen im Widerspruch mit der politisch und gesellschaftlich geforderten Nachhaltigkeit in der Bauwirtschaft.

In dieser Ausgabe der „Bau im Blick“ beleuchten wir diese Problemlage in unserem TOP-Thema genauer und erörtern dabei die Folgen des Bezugsstopps russischen Öls und worauf es jetzt ankommt. Darüber hinaus legt diese Ausgabe den Fokus auf die Themen Finanzpolitik, Nachhaltigkeit und Ausbildung. So offenbart ein Beitrag die aktuellen Herausforderungen, vor denen wir aufgrund einer langjährigen schlechten öffentlichen Finanzpolitik stehen. Zudem erhalten Sie persönliche Einblicke in die Ausbildung eines angehenden Gleisbauers.


Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre der „Bau im Blick“. Lassen Sie uns trotz widriger Umstände auch die zweite Jahreshälfte bestmöglich gestalten.

Ihr Dr. Robert Momberg




Dr. Robert Momberg
Hauptgeschäftsführer
Bauindustrieverband Ost e. V.

➤➤ Bezugsstopp von russischem Öl führt zu Kostenerhöhung bei Bitumen und zu Zersetzung regionaler Verwurzelung von Produktion und Verwertung.



➤ Kein Öl aus Russland: Das sind die Folgen für den Straßenbau

Foto: © STRABAG AG

Die PCK-Raffinerie in Schwedt ist eine der größten Raffinerien des Landes und spielt eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit Kraftstoffen und anderen petrochemischen Produkten insbesondere im Osten Deutschlands. Grundlage hierfür ist der Rohölbezug aus Russland. Angesichts des Krieges in der Ukraine und den daraus resultierenden politischen Spannungen und verhängten Sanktionen, steht die Raffinerie mit ihren wirtschaftlichen Verflechtungen im Fokus geopolitischer Fragestellungen.

Gewichtige Rolle bei der Versorgungssicherheit und im Straßenbau

Die PCK verarbeitet jährlich bis zu 12 Millionen Tonnen Rohöl. Das Unternehmen versorgt so zu circa 95 Prozent die Räume Berlin und Brandenburg mit Kraftstoffen (z. B. Benzin, Diesel, Flugturbinenkraftstoff, Heizöl und Bitumen) und deckt damit zusammen mit der Raffinerie in Leuna fast den gesamten Bedarf an Ölprodukten in Ostdeutschland ab. In der PCK werden 1.200 Menschen direkt beschäftigt; im Industriepark Schwedt sind weitere 90 Unternehmen mit rund 3.500

Beschäftigten von der PCK abhängig. Für die Bauwirtschaft ergibt sich eine hohe Abhängigkeit aufgrund des Bitumens, das im Straßenbau zur Herstellung von Asphalt als Bindemittel eingesetzt wird. Als Grundbestandteil ist es damit elementar wichtig. Wenn die im Straßenbau tätigen Unternehmen neue Projekte kalkulieren und dafür die Angebote von Asphaltmischwerken einholen, können etwaige Kostenerhöhungen auf Seiten der Mischwerke die Endkundenpreise gleichermaßen beeinflussen. Und es zeigt sich: Zu Beginn des Jahres mussten die Baufirmen mit erhöhten Baupreisen kalkulieren.

Höhere Umweltbelastungen und Kostentreiber in den Unternehmen

Höhere Preise, beispielsweise durch die Verknappung von Bitumen, bedeuten zwangsläufig eine weitere Verteuerung der Baumaterialien und damit des Straßenbaus. Vor Ort führen die erhöhten Preise in ihrer Konsequenz dazu, dass sich anderer Quellen bedient werden muss. Wenn nun also das Bitumen aus anderen Bundesländern bezogen wird, zersetzt sich ein Stück weit



die regionale Verwurzelung der Produktion und Verwertung. In der Folge müssen nun längere Transportwege zurückgelegt werden. Damit wird der politisch und gesellschaftlich geforderten Nachhaltigkeit in der Bauwirtschaft ein Bärendienst erwiesen. Zudem führen die längeren Transportwege zwangsläufig zu höheren Kosten für die bauausführenden Unternehmen, die diese in ihre Kalkulation für den Auftraggeber geben müssen.

Think global, act local – Politische Tatkraft ist gefragt

Die Situation bei der PCK-Raffinerie ist ein Beispiel für die Komplexität und Interdependenz der globalen Energieversorgung, da die Versorgung mit Rohöl ein komplexer Prozess ist, der viele Akteure und Faktoren umfasst. Sie zeigt auch, wie wichtig es ist, dass Unternehmen und Regierungen Maßnahmen ergreifen, um die Energieversorgung zu diversifizieren und die Abhängigkeit von bestimmten Rohstoffquellen zu reduzieren. Die weltweite Entwicklung erneuerbarer Energien und die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen sind wichtige Schritte, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern und die Energiever-

sorgung nachhaltiger und sicherer zu machen. Dieses Bewusstsein muss auch bei den politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene vorhanden sein. Sie sind es, die für klare Verhältnisse sorgen müssen. Konkret bedeutet dies, dass die Handelnden die baustrukturellen Implikationen des Bitumen-Stopps in den Blick nehmen müssen. Gleichzeitig müssen die direkt Beschäftigten gesichert werden – und bleiben. Für die gesamte Region sind die damit verbundenen Steuereinnahmen unentbehrlich und tragen zum Gelingen des Strukturwandels bei. Nicht zuletzt muss die Politik einen rechtssicheren Rahmen setzen und die Versorgungssicherheit gewährleisten, sodass die Preise für die Endverbraucher stabil bleiben können. Zur politischen Flankierung gehören auch massive Investitionstätigkeiten in die Wasserstoffproduktion am Standort Schwedt. Der Anfang ist bereits gemacht: So hat die PCK-Raffinerie ein deutsches Unternehmen mit der Erstellung eines technischen Konzepts für die Erzeugung von sogenanntem grünen Wasserstoff beauftragt. In einem ersten Schritt soll nun grauer Wasserstoff, der unter anderem aus Erdgas erzeugt wird, durch grünen Wasserstoff ersetzt werden.

➤ Verschleiß auf Raten – Der Staat als Bauherr

Von Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer Bauindustrieverband Ost e. V.



Deutschland lebt von seiner infrastrukturellen Substanz. Jährlich wird zu wenig in Straßen, Schienen, Krankenhäuser und Schulen investiert, um den Status quo zu halten – geschweige denn, sie weiterzuentwickeln und auszubauen. In der öffentlichen Infrastruktur ist dieser Investitionsstau besonders groß. Allein auf kommunaler Ebene summieren sich die Investitionsrückstände inzwischen auf 100 Milliarden Euro. Diese Entwicklung geschieht in Zeiten historisch hoher Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen, was mehrere Fragen aufwirft: Was sind die Ursachen dieses Investitionsstaus? Und wie kann die öffentliche Hand dem entgegenwirken? Wofür werden die Steuereinnahmen verwendet?

Historisch große öffentliche Haushalte bedeuten leider nicht zwangsläufig steigende Investitionsausgaben. Im Gegenteil: in der letzten Dekade sind Steuergelder zunehmend in Konsum- und Sozialausgaben geflossen – zulasten dringend notwendiger Investitionen in die Infrastruktur. Während Personalkosten des Staates stetig anwachsen, stagnieren die Modernisierungsausgaben. Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu erhalten, muss die öffentliche Hand ihre Finanz- und Investitionspolitik dringend überdenken.

Der Bauindustrieverband Ost widmet sich in seinem diesjährigen Schwarzbuch „Der Staat als Bauherr – Öffentliche Finanzen und Investitionen in die Infrastruktur“ diesem Thema und stellt Thesen auf, wie der Infrastrukturverschleiß gestoppt und der Investitionsstau gelöst werden kann.

Entbürokratisierung

Der Weg von der Mittelverplanung bis zur Umsetzung öffentlicher Investitionen ist nach wie vor viel zu lang. Komplexe Genehmigungsverfahren, überflüssige Nachweispflichten, unnötige Vergabekriterien: sie alle haben ihren Anteil daran, dass vorhandene öffentliche Mittel zu selten und zu langsam in die Infrastruktur fließen. Der BIVO empfiehlt zum Abbau von Bürokratiehürden das Modell „3V“ – verringern, vereinfachen, vernetzen, nach dem jedes Bürokatieverfahren grundsätzlich auf seine Notwendigkeit überprüft werden muss.

Finanzverfassung

Die Kommunen sind im Vergleich zu Bund und Ländern finanziell schwach aufgestellt. Dies ist für die Bauindustrie besonders problematisch, da die kommunalen Auftraggeber in Sparten wie dem Straßen- und Schienenbau oftmals die Wichtigsten sind. Ein Grund für den kommunalen Investitionsstau ist die gegenwärtige Finanzverfassung – das komplexe System zwischen Bund, Ländern und Kommunen, durch das Aufgaben und Mittel verteilt werden. Aktuell funktioniert dieses System zum Nachteil der Kommunen – sie verfügen nur noch selten über ausreichend Mittel, um dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Der BIVO empfiehlt daher eine grundsätzliche Überdenkung des aktuellen Systems sowie eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder.

Multiplikatoreffekte nutzen

Wenn sich die öffentliche Hand der starken Multiplikatoreffekte von Bauinvestitionen bewusst wäre, hätte sie zweifelsfrei einen starken Anreiz, ihre Investitionstätigkeit kräftig zu erhöhen. Denn Investitionen in die Infrastruktur kommen allen Wirtschaftsbereichen zugute, nicht nur dem Bau. Der BIVO hat einen Multiplikator für Bauinvestitionen in Höhe von 2,19 ermittelt. Das heißt, eine öffentliche Investition in die Bausubstanz von 100 Mio. Euro hätte gesamtwirtschaftlich positive Effekte von 219 Mio. Euro. Multiplikatoreffekte sind mittlerweile hinlänglich bekannt und deren Wirkung erwiesen.

Nun muss sich die öffentliche Hand diese zunutze machen. Moderne Finanzpolitik ist mehr als Steuern einnehmen und umverteilen. Sie muss krisenfest und zukunftsorientiert sein und die gesellschaftlichen Trends der Digitalisierung und Nachhaltigkeit in den Blick nehmen.

➤ Drei Fragen an ...

Kai Wegner

Regierender Bürgermeister von Berlin

Welche Rolle spielt die Bauwirtschaft in der Entwicklung Berlins in der kommenden Legislaturperiode?

Kai Wegner: Die Bauwirtschaft ist für die Politik in Sachen Wohnungsbau und Stadtentwicklung der entscheidende Partner. Wir wollen in Berlin durchschnittlich bis zu 20.000 Wohnungen pro Jahr bauen, das haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten. Man muss sich aber vor Augen halten, dass die Branche momentan insgesamt vor sehr großen Herausforderungen steht: Seit Jahren fehlen Fachkräfte im Bauwesen, es gibt teils massive Lieferkettenverkürzungen beim Material, die Kosten steigen aufgrund von Güterknappheit und Inflation. Hinzu kommt, dass auch die übergeordneten Anforderungen an die Branche steigen – zum Beispiel in Bezug auf die Einhaltung der Klimaschutzziele oder die Digitalisierung. Das sind keine einfachen Voraussetzungen für die Bauwirtschaft. Wir brauchen aber mehr Wohnraum für die Berlinerinnen und Berliner. Den können wir nur in guter Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft schaffen.

Wie beeinflussen die aktuellen Herausforderungen der hohen Energiepreise, gestiegenen Zinsen und des Ukraine-Kriegs die zukünftigen Investitionen Berlins?

Kai Wegner: Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Bauwirtschaft sind enorm. Berlins Bautätigkeit ist gegenwärtig aber nicht rückläufig. Berlin wird weiterhin die notwendigen Investitionen tätigen und bauen, was gebraucht wird. Der Bedarf ist ja trotz der Herausforderungen da.

Wir als Berliner Senat haben uns weiterhin zum Ziel gesetzt, unterschiedliche Preissegmente mit einzubeziehen. So haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten, dass von den durchschnittlich 20.000 Wohnungen bis zu 5.000 Sozialwohnungen und etwa 6.500 Wohneinheiten pro Jahr von den Landeseigenen Wohnungsbauunternehmen gebaut werden sollen. Zugleich setzen wir auch auf die private Bauwirtschaft als starken Partner für zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum. Dafür bietet Berlin eine auskömmliche Neubauförderung an, die regelmäßig an die Marktsituation angepasst wird.



Foto: © Ives Sucksdorff

Die angespannte Situation auf dem Markt wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich wieder entspannen.

Bei welchen Herausforderungen sehen Sie die Bauwirtschaft unter Zugzwang?

Kai Wegner: Die größten Stellschrauben der Bauwirtschaft sind meiner Einschätzung nach die Digitalisierung sowie der Klima- und Umweltschutz. Die Digitalisierung ermöglicht eine deutliche Beschleunigung der baulichen Prozesse. Wir wollen und müssen auch die notwendigen Verfahren beschleunigen. Denn je länger ein Bauprojekt dauert, umso teurer wird es. Zugleich kann die Digitalisierung auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Darüber hinaus kann die Bauwirtschaft durch nachhaltiges Bauen und die Durchführung einer Kreislaufwirtschaft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Aus meiner Sicht haben Politik und Bauwirtschaft ein großes gemeinsames Interesse, bei diesen Themen gemeinsam voranzukommen.

➤ Konferenz „Nachhaltigkeit in der Bauindustrie“



Bei der Konferenz „Nachhaltigkeit in der Bauindustrie“ des Bauindustrieverbandes Ost kamen am 25. April 2023 Vertreter der Baubranche, Politik, öffentlicher Auftraggeber, Wissenschaft und baurelevanter Start-Ups zusammen, um die Bedeutung der Nachhaltigkeit für die zukünftige unternehmerische Ausrichtung der gesamten ostdeutschen Baubranche zu thematisieren. Im Fokus standen die Diskussion um gesetzliche Vorgaben, die Förderung von Nachhaltigkeit im öffentlichen Ausschreibungswesen sowie grünen Innovation der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft und Start-Up-Szene. Für ein politisches Grußwort der Bundesregierung konnte [Christian Kühn](#), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, gewonnen werden.

BIVO-Präsident [Jörg Muschol](#) betonte während der Tagesveranstaltung, dass es unbestritten sei, dass auch die Baubranche nachhaltiger werden müsse. Die Bauwirtschaft müsse den notwendigen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderung leisten. Voraussetzung hierfür sei ein Kraftakt aller am Bau Beteiligten. Der geringen Deponiedichte in Ostdeutschland müsse entgegengewirkt werden. Zum einen gilt es, die Beantragung solcher Deponien zu entbürokratisieren und zum anderen, die Verwendung von Recyclingbaustoffen zu priorisieren. Die öffentliche Hand müsse hier mit gutem Beispiel vorangehen, um politische Nachhaltigkeitsziele auch in der öffentlichen Bauausführung zu erreichen, so Muschol.



➤ Konferenz „Nachhaltigkeit in der Bauindustrie“ – 25. April 2023



➤ Mehr Sicherheit für Straßenwärter durch Digitalisierung



Bild: © TOUGH Training GmbH

Die Sicherheit der Straßenwärter durch zeitgemäße und nachhaltige Schulung zu erhöhen, ist das Ziel der interaktiven Schulungssoftware TOUGH. Straßenwärter können hier Arbeitsabläufe am Desktop und mit Virtual Reality (VR) erlernen, erleben und anwenden. Der Beruf des Straßenwärters ist einer der gefährlichsten weltweit, da die vielseitigen Arbeiten der Straßenwärter häufig unmittelbar neben dem fließenden Verkehr durchgeführt werden. Aufgrund der hohen Unfallgefahr kommt der regelmäßigen Schulung eine hohe Bedeutung zu.

Im Rahmen der Schulungen nach MVAS 99/ RSA 21/ ASR 5.2 wird zwar meist auf die Gefahren auf den Straßen hingewiesen, die Schulungen sind jedoch überwiegend theoretisch und sehr auf die Präsentation von Informationen fokussiert. Schulungen im Verkehrsraum sind praktisch undenkbar.

TOUGH bietet hier eine innovative Lösung, indem Betriebe, Ausbilder und Schulungszentren ihre Mitarbeiter über den Desktop, in Virtual Reality (VR) und online verschiedene Szenarien der Arbeitsvorbereitung und Einrichtung von Arbeitsstellen trainieren können. Zudem können Mitarbeiter durch das intensive Erleben von Gefahren in der digitalen Umgebung für gefährliche

Situationen in der Realität sensibilisiert werden. Im ersten Schulungsmodul in TOUGH können Schulungsleiter individuelle Lehrinhalte in die Software einpflegen und Prüfungsinhalte festlegen. Im Hauptmodul Training wird Schulungsteilnehmern ermöglicht, den Auf- und Abbau der Regelpläne inklusive der Vor- und Nachbereitungsphasen auf dem Betriebshof selbstständig im virtuellen Raum zu erstellen und durchzuführen. Dabei werden die Lerninhalte in eine spannende digitale Umgebung verpackt und durch kontextbezogene Quiz-Fragen vermittelt. Im Prüfungsmodus können selektierte Inhalte validiert werden, sodass die Schulungsteilnehmer bei Erfolg ein Teilnahmezertifikat erhalten.

Damit bietet die Schulungssoftware TOUGH Mitarbeitenden im Straßenbau ein völlig neues und spielerisches Lernerlebnis!

TOUGH Training GmbH

Ansprechpartnerin:

Berna Top
Geschäftsführerin
Tel.: +49 (0) 201 824 - 1854
berna.top@tough-gmbh.com
www.tough-gmbh.com

➤ Regionalgruppe Chemnitz zu Besuch in Lissabon

Die Regionalgruppe Chemnitz des Bauindustrieverbandes Ost besuchte vom 29. April bis zum 2. Mai 2023 die portugiesische Hauptstadt Lissabon, um hautnah einen Einblick in die architektonischen und baulichen Besonderheiten der Stadt zu erlangen. Dabei ist unter anderem die „Ponte 25 de Abril“, ein 3,2 Kilometer langer Brückenzug, der sowohl Straßen- als auch Eisenbahnverkehr kombiniert, eines von vielen baulichen Highlights der Stadt.

Doch auch im Herzen der Stadt fanden sich unzählige architektonische Blickfänge wieder. Wie beispielsweise der „Elevador de Santa Justa“. Der im neugotischem Stil Anfang des 20. Jahrhunderts errichtete öffentliche Personenaufzug weist eine Höhe von 45 Metern vor und besteht fast ausschließlich aus Eisen. Zur damaligen Zeit war der Baustoff Eisen zudem ein Symbol des Fortschritts.

Einen besonderen Eindruck bei der Regionalgruppe hinterließ der „Torre de Belém“. Der Turm ist eines der herausragenden Wahrzeichen der Stadt. Er wurde im 16. Jahrhundert im manuelinischen Stil erbaut und war eines der wenigen Bauwerke, die das Erdbeben von Lissabon im Jahre 1755 überstanden.



➤ Grundsatzpapier Nachhaltigkeit

Das Grundsatzpapier Nachhaltigkeit wurde von den Mitgliedern des Präsidiums des Bauindustrieverbandes Ost am 16. März 2023 beschlossen und beschreibt die Ausrichtung der Nachhaltigkeitsarbeit des Verbandes. Zunächst wird das Themenfeld aus bauindustrieller Sicht definiert und die drei Säulen (ökonomisch, ökologisch, sozial) der Nachhaltigkeit beschrieben.

Der zweite Abschnitt des Grundsatzpapiers widmet sich den Nachhaltigkeitsinitiativen und Aktivitäten des Verbandes. Zu diesen zählen:

- das Schwarzbuch „Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Bauwirtschaft“, erschienen im Jahr 2021
- die Mitarbeit im Arbeitskreis Nachhaltigkeit des Hauptverbandes der Bauindustrie
- die nachhaltige Entwicklung der verbandsinternen Prozesse
- die am 25. April 2023 ausgerichtete Nachhaltigkeitsveranstaltung
- die Weiterbildungsangebote der Bauakademie Ost im Bereich Nachhaltigkeit

Nicht zuletzt hat der Bauindustrieverband Ost einen Gesprächskreis Nachhaltigkeit gegründet, in dem die Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit haben, ihre Nachhaltigkeitsthemen niedrigschwellig und regelmäßig untereinander zu besprechen. Die ersten Sitzungen des Gesprächskreises fanden am 7. März 2023 und 7. Juni 2023 statt.

Für Ihr Interesse an einer Teilnahme kontaktieren Sie uns gerne.

Ansprechpartner:

Maurits Schulze
 Bauindustrieverband Ost e. V.
 Hauptgeschäftsstelle
 Karl-Marx-Str. 27
 14482 Potsdam
 Fon 0331 7446-130
 Fax 0331 7446-166
 Mobil 0151 61272426
 E-Mail: maurits.schulze@bauindustrie-ost.de
 www.bauindustrie-ost.de

➤ Arbeitsplatz auf 38.400 Kilometern

Der Verkehr auf dem öffentlichen Schienennetz wächst zusehends: Von 1994 bis heute ist die Verkehrsleistung im Eisenbahnpersonenverkehr um über 50 Prozent gewachsen, im Eisenbahngüterverkehr sogar um knapp 90 Prozent. Inzwischen legen Züge allein auf dem Streckennetz der DB Netz AG pro Jahr mehr als eine Milliarde Kilometer zurück. Damit das auch so bleibt, werden vom BIVO-Mitgliedsunternehmen BUG Verkehrsbau SE jährlich Gleisbauer (m/w/d) ausgebildet, die das Schienennetz Deutschlands prägen. Einer von ihnen ist **Justin Jesersky** (18), der für die „Bau im Blick“ von seiner Lehre und der Azubibau-stelle am Stienitzsee berichtet.



Justin, wie bist du zum Gleisbau gekommen? Leidenschaftlicher Bahnfahrer?

Justin Jesersky: Für meine Ausbildung bin ich wirklich oft mit der Bahn unterwegs. Ich komme aus Pasewalk und pendele zwischen Betrieb, Lehrbauhof und Baustelle. Zum Gleisbau bin ich aber über einen Freund gekommen, der auch bei der BUG-Gruppe eine Ausbildung macht. Er berichtete mir von der Firma und der Ausbildung. Das hat mich sehr interessiert und so habe ich mich gleich an die Bewerbung gesetzt.

... da hatte dich die Bauwirtschaft gefangen. Aber warum Gleisbau und nicht Hochbau?

Justin: Ich wollte im Freien einen Beitrag für die Mobilität der nächsten Jahrzehnte leisten. Außerdem hatte ich kein Interesse, auf Gerüsten oder in Baugruben zu arbeiten. Da bin ich beim Gleisbau gut aufgehoben.

Wie läuft die Ausbildung ab und welche Rolle spielen Geräte im Beruf?

Justin: Die Ausbildung dauert drei Jahre. In den ersten beiden Jahren werde ich zum Tiefbaufacharbeiter ausgebildet und im dritten Jahr geht es voll in den Gleisbau. Wir lernen dabei, wie man Schienen, Schwellen und Weichen verlegt, den Fahrweg für schienengebundene Fahrzeuge baut und repariert sowie das Gleisbett instand hält. Maschinen spielen eine große Rolle. Neben der Ausbildung kann ich einen Radlader- und einen Baggerschein machen. Zudem lerne ich, mit einer Tischkreissäge und Kettensäge umzugehen. Das ist sehr spannend.

Das klingt sehr anspruchsvoll. Kannst du diese Fähigkeiten schon im ersten Lehrjahr auf der Baustelle anwenden?

Justin: Nein, das wäre noch zu früh. Wir lernen alles step by step. Derzeit arbeite ich auf einer „Azubi-Baustelle“ von der BUG-Gruppe. Hier arbeiten wir selbstständig und haben einen Ausbilder, der uns zur Seite steht. So lernen wir in unserem Tempo genauer zu arbeiten und mit Routine schneller zu werden.

Was macht Ihr hier genau?

Justin: Hier am Stienitzsee gibt es keinen barrierefreien Zugang zum Strand. Zwischen Eingang und Wasser liegen fünf Meter Höhenunterschied. Alle BUG-Azubis, die im Tiefbau, Gleisbau und als Baugeräteführer ausgebildet werden, bauen hier gemeinsam eine Rampe, damit auch Menschen mit Behinderung einen schönen Tag am Strand genießen können. Eine tolle Aktion, bei der wir komplexe Leistungen, vom Beton- über den Erdbau bis hin zu Pflaster- und Geländearbeiten, lernen.

Dann kann die nächste Badesaison ja kommen. Viel Erfolg bei der weiteren Ausbildung!



BUG Verkehrsbau SE

Vorstand:

Roland Müller (Vorsitzender)
Marian Thomas

Tel.: 030 818700-0
E-Mail: info@bug-se.de

BUG Verkehrsbau SE
Landsberger Straße 26 / Haus M
12623 Berlin

www.bug-gruppe.de

➤ Aus den Ausbildungszentren



Berufsförderungswerk der Bauindustrie
Berlin-Brandenburg e.V.

Praktikum im ÜAZ Frankfurt (Oder)

Ende März 2023 absolvierten im Rahmen des Erasmus+ Programmes 28 Schülerinnen und Schülern der Fachschule für Bauwesen und der Zweigschule der Firma ZSBiO aus Bilgoraj (Polen) ein Praktikum im überbetrieblichen Ausbildungszentrum Frankfurt (Oder). Während des Kurses in den Berufen Bautechniker, Dachdecker und Trockenbauer führten die Auszubil-

denden eine Vielzahl von Aufgaben nach einem gemeinsam entwickelten Ausbildungsprogramm aus. Dabei übten die jungen Leute auch ihre Sprachkenntnisse und bauten so Kommunikationsbarrieren ab. Bei kulturellen Exkursionen hatten sie zudem die Möglichkeit, die touristischen Attraktionen Brandenburgs zu entdecken und besuchten die Städte Frankfurt (Oder) und Berlin.



Bau Bildung Sachsen e.V.

ÜAZ Bautzen – Wasserbauzentrum

Das ÜAZ Bautzen ist seit 2019 Dienstleister für Aus- und Weiterbildung im Bereich des Wasserbaus. Wasserwirtschaftliche Unternehmen, Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung sowie bauausführende Firmen bilden am Standort aus. Angeboten werden überbetriebliche Ausbildungslehrgänge im Beruf Wasserbauer und Fortbildungslehrgänge für Mitarbeiter und Quereinsteiger. Informationen dazu sind nun erstmals in einer Broschüre auf der Homepage zusammengefasst:

www.bau-bildung.de/wasserbauzentrum-bautzen.de

Am 30. Januar 2023 startete der erste Weiterbildungskurs im Wasserbauzentrum des ÜAZ Bautzen. Beim Grundkurs zur „Zusatzqualifikation Fachkunde Stauanlagen“ der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) wurden bundeslandübergreifend Facharbeiter und Meister im Stauanlagenbetrieb geschult. Der Kurs beinhaltete außerdem eine Exkursion zur Bauwerksüberwachung an die Talsperre Bautzen und an das Hochwasserrückhaltebecken Rennersdorf (Oberlausitz).

Umwelttechnik – neuer Schwerpunkt in der Berufsorientierung

Wie viele andere Branchen ist auch der Kanalbau zunehmend vom Fachkräftemangel betroffen. Trotz steigender Nachfrage mangelt es vor allem am Nachwuchs. Der Fachbereich Umwelttechnik des Bau Bildung Sachsen e. V. in Leipzig weitet so seit April 2023 die Berufsorientierung auf den Bereich der Umwelttechnik aus. Schülerinnen und Schülern der 7. und 8. Klassenstufe haben die Möglichkeit, einen praktischen Einblick in den Beruf der „Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice“ zu erhalten und bei Exkursionen ins Gespräch mit Herstellern und ausführenden Unternehmen der Sparte zu kommen.



oben: Gespräch und Erfahrungsaustausch auf der Außenfläche der Übungseinheit Wasserbau im ÜAZ Bautzen

mitte: DWA-Grundkurs Zusatzqualifikation Fachkunde Stauanlagen, Herr Prof. Dr.-Ing. Klaus Röttger, Ostfalia Hochschule Suderburg.

unten: Begehung der Anlagen des Hochwasserrückhaltebeckens Rennersdorf

Fotos: Bau Bildung Sachsen e. V., Kerstin Ganz

BERLIN

➤ Wahlwiederholung in der Bundeshauptstadt



Foto: shutterstock.com | © elkeneize

Berlin hat einen neuen Regierenden Bürgermeister und damit eine neue Landesregierung. Am 27. April 2023 wählte das Abgeordnetenhaus **Kai Wegner** zum neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin. Für die neue Berliner Landesregierung gilt es nun, schnellstmöglich Tempo aufzunehmen. Die Berliner Stadtgesellschaft ist auf dringend benötigte Wohnungen angewiesen, auch muss die Verkehrsinfrastruktur erweitert und modernisiert werden. Die Herausforderungen sind riesig und bleiben vor dem Hintergrund gestiegener Materialkosten und Bauzinsen höchst ambitioniert.

Die Grundlage dieser noch bis zum Jahr 2026 andauernden Legislaturperiode bildet der Koalitionsvertrag, der noch kurz vor der Wahl Wegners das positive Votum der Mitglieder der SPD und der Delegierten auf Seiten der CDU erhielt. Licht und Schatten wechseln sich im 135-Seiten-starken Papier ab. So bleibt es zwar bei 20.000 zu errichtenden Wohnungen pro Jahr, jedoch wurde diese Zahl bereits relativiert. Von „durchschnittlich bis zu ...“ ist nun die Rede. Grundsätzlich muss dem neuen Senat klar sein, dass die Zahlen gerade im gemeinwohlorientierten und bezahlbaren Segment nur erreicht werden können, wenn die Baukosten deutlich gesenkt werden. So ist ein Großteil der Kostensteigerungen in den vergangenen Jahren auf die Umsetzung starrer politischer Forderungen im Bauordnungsrecht und zu lange Fristen in Planungs- und Genehmigungsverfahren zurückzuführen. Aus Sicht der Bauindustrie Ost ist das Bestreben der Koalitionäre, das „Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen“ zu vertiefen, ebenfalls zu begrüßen. Gleichwohl muss die Organisation auf der Arbeitsebene des Bündnisses noch deutlich strukturierter und zielgerichteter ablaufen. Erfreulich – und in Anbetracht der Lage absolut erforderlich – ist die Ankündigung, die wirtschaftliche Situation der landeseigenen Wohnungsgesellschaften zu verbessern. Demnach soll deren Eigenkapital-situation gestärkt werden, um den Ankauf und Neubau von Wohneinheiten stemmen zu können. Angesichts aktueller Herausforderungen durch hohe Baumaterialkosten und Energiepreise sowie gestiegener Zinsen ist

dieser Schritt wichtig. Dabei ist anzumerken, dass die mit dem Ankauf verbundenen Mittel zum geplanten Wohnungsankauf letztlich dem Neubau entzogen werden. Positiv zu werten ist die Ankündigung, nicht nur die bisherigen U-Bahn-Planungen zur Netzerweiterung weiter zu betreiben, sondern weitere Streckenverbindungen in den Blick zu nehmen. Der Bauindustrieverband Ost fordert seit langem eine Erarbeitung und die zügige Umsetzung eines übergreifenden Konzepts für die Verkehrsträger der Stadt und die Bereitstellung ausreichender Planungsmittel für den U-Bahn-Bau. Es stehen nun drei Jahre der intensiven Arbeit bei allen Beteiligten an. Die regionale Bauwirtschaft ist hierbei auf die Unterstützung des neuen Senats angewiesen, denn er ist es, der die Rahmenbedingungen setzt.

- **Kai Wegner** (CDU), Regierender Bürgermeister von Berlin
- **Franziska Giffey** (SPD), Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- **Stefan Evers** (CDU), Bürgermeister und Senator für Finanzen
- **Cansel Kiziltepe** (SPD), Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- **Katharina Günther-Wünsch** (CDU), Senatorin für Bildung, Jugend und Familie
- **Iris Spranger** (SPD), Senatorin für Inneres und Sport
- **Dr. Felor Badenberg** (parteilos), Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz
- **Joe Chialo** (CDU), Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- **Dr. Manja Schreiner** (CDU), Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- **Christian Gaebler** (SPD), Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- **Dr. Ina Czyborra** (SPD), Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

BERLIN

➤ SenWEB: Stakeholderworkshop zur Kreislaufwirtschaft

Der Bauindustrieverband Ost nahm am 14. März 2023 an einem Stakeholderworkshop der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWEB) teil, in dessen Rahmen die Erstellung der Potentialanalyse durchgeführt und in dem auch die regionale Bauwirtschaft zur fachlichen Bewertung miteinbezogen wurde. Der Masterplan Industriestadt Berlin 2022-2026 (MPI) stellt die Transformation der Industrie in den Mittelpunkt. Der europäische Green Deal, die daran anschließenden Strategien auf EU-, Bundes- und Landesebene und insbesondere die formulierten Ziele für die Entwicklung hin zu einer zirkulären Wirtschaftsweise bedeuten für Unternehmen vielfach veränderte Rahmenbedingungen. Der Weg in eine Kreislaufwirtschaft erfordert weitgehende

Veränderungen vor allem auch für die produzierenden Unternehmen. Im Rahmen des Masterplans Industrie hat die SenWEB sich zum Ziel gesetzt, die Kreislaufwirtschaft als ökologisches Transformationsthema tiefer zu beleuchten und Anforderungen, aber auch Chancen für die Industriestadt Berlin untersuchen zu lassen. Die damit beauftragte Beratungsgesellschaft soll bis zum Sommer 2023 Empfehlungen erarbeiten. Im Rahmen dessen sollen die Potentiale hinsichtlich der Wertschöpfung und Bedeutung als Standortfaktor für das Berliner Ökosystem identifiziert werden. Außerdem sollen Kooperationsmöglichkeiten, Synergien mit Brandenburg sowie mögliche Schnittmengen zwischen Technologiefeldern herausgearbeitet werden.

BRANDENBURG

➤ Expertenkreis Bau Brandenburg



Nach der Auftaktveranstaltung im November 2022 bot der Expertenkreis Bau Brandenburg am 9. Mai 2023 ein weiteres Mal eine Plattform des Austausches zwischen Politik, Mitgliedsunternehmen und der Landesbauverwaltung. Neben der aktuellen Baukonjunktur im Land Brandenburg wurden schwerpunktmäßig die Nachhaltigkeitsaktivitäten der Landesregierung beleuchtet. So erfolgt im Rahmen der derzeitigen Legislaturperiode eine Überarbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie in Federführung der Staatskanzlei. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) verantwortet wiederum die Erarbeitung

eines Klimaplanes, der nach dem Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag konkret in ein Gesetz gegossen werden soll. Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) befasst sich – als weiteres Ressort – mit der Erarbeitung der Mobilitätsstrategie 2030. Alle diese Aktivitäten werden vom Bauindustrieverband Ost konstruktiv begleitet. Hierzu wird die Expertise der regionalen Bauwirtschaft beige-steuert. Dies geschieht auch bei der derzeitigen Novelle der Brandenburgischen Bauordnung, die ebenfalls einen Tagesordnungspunkt des Expertenkreises Bau einnahm.

BRANDENBURG

➤ Bündnis für Wohnen: 19. Werkstatt

Zum ersten Werkstatttermin in diesem Jahr begaben sich die Bündnismitglieder ins Infrastrukturministerium in Potsdam. **Christoph Kamplade**, Leiter des Stadtbauamtes der Stadt Landau in der Pfalz, gab den Anwesenden einen interessanten Einblick in das aktive Flächenmanagement der Schwarmstadt in der Südpfalz. Anschließend präsentierte **Erik Wolfram**, Leiter des Fachbereichs Stadtplanung der Stadt Potsdam, Instrumente der Flächenpolitik der Landeshauptstadt.

Beide Städte stehen derzeit vor der Herausforderung, das Wachstum der Bevölkerung und die Nachfrage nach Wohnraum aktiv zu managen. Die Stadt Potsdam verabschiedet sich dabei vom bisherigen Weg, der den Verkauf von landeseigenen Liegenschaften an den Meistbietenden vorsah. An dieser Stelle werden nun veräußerte Grundstücke mit Auflagen an Investoren vergeben, sodass die Stadt aktiv in die Wohnungspolitik eingreifen kann.

BRANDENBURG

➤ Bündnis für Wohnen Brandenburg: Sonderleitungsrunde

Am 30. März 2023 kamen die Hausspitzen der Mitgliedsorganisationen im Bündnis für Wohnen Brandenburg zur Sonderleitungsrunde zusammen. Das seit sechs Jahren bestehende Bündnis hat sich die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum im Land Brandenburg zum Ziel gesetzt. Als gemeinsame Plattform von Politik, Bau- und Immobilienwirtschaft sowie weiteren Akteuren dient sie dem regelmäßigen

Austausch zu baupolitischen Themen. In der Sonderleitungsrunde wurde zudem das weitere Arbeitsprogramm für die Bündnispartner besprochen. In diesem Jahr wird es vor allem um die praxisgerechte Umsetzung von Nachhaltigkeitsaspekten im Gebäudesektor, die Optimierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie um den Ausbau der digitalen Infrastruktur gehen.

SACHSEN

➤ Expertenkreis Bau Sachsen

Am 14. März 2023 fand der traditionelle Expertenkreis Bau Sachsen in den Räumlichkeiten des Sächsischen Landtags statt. Neben der aktuellen konjunkturellen Lage unter Einfluss des Ukraine-Krieges besprach das Gremium den Status quo des sächsischen Vergabegesetzes, die Grenzen der Nachhaltigkeit in der Bauwirtschaft und die derzeitige Fachkräftesituation im Freistaat. Zu den Grenzen der Nachhaltigkeit in der Bauwirtschaft referierte **Wolfgang Vasicek**, kaufmännischer Direktionsleiter der STRABAG AG Direktion Sachsen-Thüringen, am Beispiel des Straßenbaus. Dabei wies er darauf hin, dass die Integration nachhaltiger Prozesse, wie beispielsweise die Nutzung von RC-Material, oft an der Bereitschaft der öffentlichen Vergabestellen scheitert. Daher ist es notwendig, den Einsatz von RC-Material als Wertungskriterium bei öffentlichen Ausschreibungen zu etablieren. Zum Thema Fachkräftemangel gab **Diana Malolepszy**, Fachbereichsleiterin der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit, den Anwesenden einen Einblick in den sächsischen Arbeitsmarkt und wie stark Sachsens Bauwirtschaft bereits vom Fachkräftemangel betroffen ist.



SACHSEN

➤ Streitthema Ausbau A4



Foto: Matthäi Bauunternehmen GmbH & Co. KG

Ursprüngliche sollte die Autobahn 4 zwischen Dresden und Görlitz sechsspurig ausgebaut werden. Eine entsprechende Vereinbarung zur Notwendigkeit des Ausbaus unterzeichnete bereits der damalige Bundesverkehrsminister [Andreas Scheuer](#) mit dem Freistaat. Auch der Haushalts- und Verkehrsausschuss des Bundestages hatte den Ausbau in seinem Finanzierungs- und Realisierungsplan verankert. Im Oktober 2022 folgte nun aber die Ernüchterung. Bundesverkehrsminister [Volker Wissing](#) stampfte den geplanten Ausbau der A4 ein mit der Begründung, dass es keinen fachlichen Bedarf

dafür gebe. Von landespolitischer Seite sorgte diese Entscheidung für Unverständnis und Unmut. Sachsens Verkehrsminister [Martin Dulig](#) forderte vom Bund mehr Transparenz und einen auf Zahlen fußenden Beleg für die Absage des Bundes. Die Zeichen deuten dennoch auf keinen Ausbau hin, wenngleich sich der Bund bei einem Treffen mit Landräten, Bürgermeistern und Abgeordneten aus der Oberlausitz im Bundesverkehrsministerium dazu entschlossen hat, Ende 2023 eine neue Verkehrsprognose für das Jahr 2040 zu erstellen, um zu prüfen, ob es einen Bedarf für den Ausbau gibt.

SACHSEN

➤ Bau Pulverfabrik in Sachsen

Der Rüstungskonzern Rheinmetall plant, im Freistaat eine Munitionsfabrik mit einem Investitionsvolumen von 700 bis 800 Millionen Euro zu errichten. Hintergrund ist der anhaltende Munitionsmangel der Bundeswehr. Dabei erhofft sich Rheinmetall die Unterstützung des Staates, da in den Augen des Konzerns die Industrie ein solches Projekt der nationalen Sicherheit nicht

allein stemmen könne. Als Standort werden aktuell dem Bereich des ehemaligen Militärgeländes am Flughafen Großenhain die besten Chancen ausgerechnet. Sachsens Ministerpräsident [Michael Kretschmer](#) würde die Großinvestition grundsätzlich begrüßen. In Anbetracht der sensiblen Thematik stünde er im Zweifelsfall jedoch auch einem Bürgerentscheid offen gegenüber.

SACHSEN-ANHALT

➤ Gespräch mit Dr. Reck Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau

Am 9. März 2023 trafen sich Vertreter des Bauindustrieverbandes Ost mit [Dr. Robert Reck](#), Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, und Baubürgermeisterin [Jacqueline Lohde](#) in der örtlichen Stadtverwaltung. Die Verbandsvertreter kritisierten, dass die kommunalen Gebietskörperschaften Preisgleitklauseln weitestgehend nicht anwenden. Zudem forderten die Vertreter der Bauindustrie die Möglichkeit, Nebenangebote

zu öffentlichen Ausschreibungen der Stadt abgeben zu dürfen und den Aspekt der Nachhaltigkeit zu fördern. So müsste die Verwendung von Recyclingbaustoffen prioritär vorangetrieben werden.

Der Austausch soll zukünftig regelmäßiger stattfinden, um die Arbeit des Bauindustrieverbandes Ost auf kommunaler Ebene zu stärken.

SACHSEN-ANHALT

➤ Im Dialog mit Magdeburgs Oberbürgermeisterin Borris

„Hier arbeitet ein regional verwurzelt Bauunternehmen mit Liebe zum Detail und dem Anspruch unsere Stadt für die Zukunft zu gestalten!“ - so resümiert Oberbürgermeisterin **Simone Borris** ihren Besuch auf der Baustelle der Magdeburger Stadthalle. Unserem Mitglied Busse Bau GmbH war die Projektakquise eine Herzensangelegenheit: Der geschäftsführende Gesellschafter **Bernd Busse** (79) hatte bereits in jungen Jahren in der Stadthalle gearbeitet und sich so sein Studium finanziert. Auch solche Geschichten schreibt der Bau. An der Stadthalle werden in diesem Jahr neben den Tiefbauarbeiten auch die Rückbau- und Rohbauarbeiten fortgesetzt. Dazu sollen Kanalarbeiten sowie Rohinstallationen der Haus- und Betriebstechnik beginnen. Die Wiedereröffnung der Magdeburger Stadthalle ist für das Jahr 2025 vorgesehen.

Mit dem Oberhaupt der Landeshauptstadt besichtigte der Bauindustrieverband Ost am 30. März 2023 die Großbaustelle und kam im Anschluss zu den aktuellen Herausforderungen der Bauwirtschaft ins Gespräch. Themen wie der Fachkräftemangel, die Steigerungen der Baumaterialpreise und die kommunale Ausschreibungstätigkeit kamen dabei nicht zu kurz.



SACHSEN-ANHALT

➤ Austausch mit Verkehrsministerin Dr. Hüsken

Der Bauindustrieverband Ost traf sich am 10. Mai 2023 mit **Dr. Lydia Hüsken**, Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, um die Intel-Ansiedlung in Magdeburg sowie die Anwendung von Stoffpreisgleitklauseln im Landesstraßenbau und den Umgang mit der Ersatzbaustoffverordnung ab August 2023 zu thematisieren.

Gerade zur Anwendung der Ersatzbaustoffverordnung betonte der BIVO, dass die Akzeptanz von Recyclingmaterialien steht und fällt mit der Gütesicherung für Ersatzbaustoffe und dem daran gekoppelten Ende der Abfalleigenschaft. Eine von Bundesumweltministerin **Steffi Lemke** angekündigte Abfall-Ende-Verordnung, die dazu dienen sollte, die Stigmatisierung wichtiger Rohstoffe aufzulösen, liegt trotz Festlegung im Koalitionsvertrag nicht vor. Gerade dieser Umstand führt dazu, dass öffentliche Auftraggeber RC-Materialien weiterhin explizit von ihren Ausschreibungen ausschließen.



➤ Fahrrinnenanpassung Berlin Nordtrasse – Spandauer Horn



Fotos: Züblin Spezialtiefbau GmbH

Züblin Spezialtiefbau GmbH
Bereich Nord-Ost – Gruppe Wasserbau

Technischer Leiter:
Klaus Gutjahr

Tätigkeitsschwerpunkte:
Spezialtiefbau
Wasserbau
Tunnelbau
Bauwerkserhaltung
Ingenieurbau

**Züblin Spezialtiefbau GmbH Bereich
Nord-Ost – Gruppe Wasserbau**
Mertensstraße 132-138
12103 Berlin
www.zueblin-spezialtiefbau.de



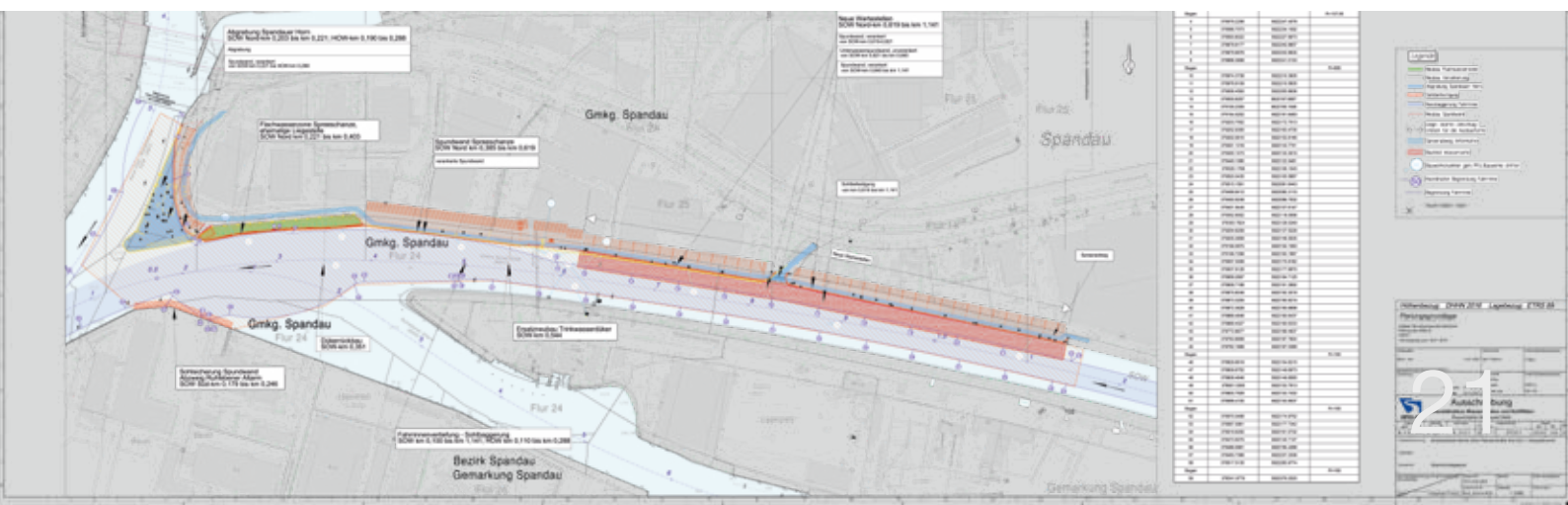
Das direkt gegenüber der Altstadt Spandau gelegene Baufeld ist das letzte Puzzleteil des siebzehnten und finalen Verkehrsprojekts des Maßnahmenkatalogs „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ aus dem Jahr 1991. Es ist das Einzige, das den Anschluss der neuen Bundesländer über die Wasserstraße zum Ziel hat. Eigens für dieses Projekt wurde von vier Firmen eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, in der die Fa. Züblin Spezialtiefbau GmbH – Bereich Nord-Ost – Gruppe Wasserbau die technische Leitung übernimmt.

Das primäre Ziel der über 1,3 Kilometer langen Baumaßnahme ist die Optimierung der Einmündung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) in die Havel-Oder-Wasserstraße (HOW), sodass Kreuzfahrtschiffe und Schubverbände von bis zu 110 m Länge von der SOW beidseitig in die HOW einfahren können. Bisher war dies aufgrund der exponierten Lage des Spandauer Horns im Kreuzungsbereich nicht möglich und zwang Schiffer, welche von der SOW in Richtung Schleuse Spandau einfahren wollten, einen mehr als 7 Kilometer langen Umweg zu fahren. Es ist im Zuge der Arbeiten vorgesehen, über einen Kilometer neue Uferbefestigung in Form einer Spund-

wand herzustellen, welche ebenfalls neue Wartestellen für die Schleuse Spandau inkludiert. Die alte Anlegemöglichkeit, welche sich direkt an der Kreuzung befindet, wird im weiteren Bauverlauf einem neuen Nutzen als Flachwasserzone zugeführt und schafft somit einen ökologischen Mehrwert für die sonst recht monoton gestalteten Kanäle Berlins.

Das vom Wasserstraßen-Neubauamt beauftragte Volumen beinhaltet darüber hinaus den Rückbau eines stillgelegten Kabeldükers sowie die schiffahrtsgerechte Ausgestaltung des Gewässergrunds auf einer Fläche von mehr als einem Hektar. Ebenso gilt es, einen neuen Trinkwasserdüker zur Versorgung der Halbinsel Sophienwerder mittels horizontalem Spülbohrverfahren unter der Spree-Oder-Wasserstraße zu realisieren. Auch die Errichtung einer Messstation zur Feststellung von Wasserquantität und -qualität mit integriertem Labor ist stromaufwärts der SOW geplant.

Es bleibt festzuhalten, dass bis zum geplanten Bauende im Dezember 2024 noch zahlreiche abwechslungsreiche Aufgaben zu erbringen sind, um das Projekt abzuschließen und den Schiffverkehr rund um Berlin zu bereichern.



➤ Planer und Bauüberwacher beauftragt: Kein Organisationsverschulden!

Der Fall

Der Auftragnehmer (AN) errichtet für den Auftraggeber (AG) schlüsselfertig ein Einfamilienhaus. Das Obergeschoss versieht der AN mit einem holzverschalten, nicht hinterlüfteten Dach. Der AG nimmt das Werk im Jahr 2008 ab. Drei Jahre nach Ablauf der vereinbarten Gewährleistungsfrist (2013) rügt der AG eindringende Feuchtigkeit. Bei einer Bauteilöffnung werden eine massive Durchfeuchtung der Dachschalung sowie Holzfäule und Pilzbefall festgestellt. Nach fruchtlosem Ablauf einer Frist zur Mängelbeseitigung lässt der AG die Mängel von dritter Hand beseitigen. Anschließend klagt der AG die betreffenden Kosten (reichlich 17.000 Euro) ein. Gegenüber der Verjährungseinrede des AN macht der AG geltend, dem AN habe als Generalübernehmer die Objektbetreuung gemäß Leistungsphase 9 HOAI obliegen. Eine Abnahme der Objektbetreuung habe unstreitig nicht stattgefunden. Darüber hinaus habe der AN die fehlerhafte Dachausführung arglistig verschwiegen.

Die Entscheidung

Gemäß Entscheidung des Oberlandesgerichtes Brandenburg vom 02.03.2023 (Az.: 12 U 78/22) sind die begründeten Mängelansprüche verjährt. Die vertraglich vereinbarte Mängelfrist ist verstrichen. Eine Objektbetreuung im Sinne der Leistungsphase 9 HOAI oblag dem AN nicht. Als Generalübernehmer oblagen dem AN zwar sowohl die Planung als auch die Koordination und Überwachung der Baubeteiligten. In dieses komplexe Leistungsbild passt die Übernahme der Leistungsphase 9 HOAI aber nicht. Denn die Bauverpflichtung einerseits und die Objektbetreuung andererseits beinhalten einen Interessenwiderspruch. Auch die Grundsätze zur Sekundärhaftung helfen nicht über den Ablauf der vereinbarten Mängelfristen hinweg. Einem Generalübernehmer kommt ebenso wie einem Bauträger keine Sachwalterstellung für den Bauherrn zu. Schließlich fällt dem AN auch kein der Arglist gleichwertiges Organisationsverschulden zur Last. Eine der Arglist gleichwertige Verletzung von Organisationspflichten ist nur anzunehmen, wenn der AN den eigenen Betrieb bewusst so organisiert, dass eine fachgerechte Beurteilung der Bauqualität bei Abnahme nicht möglich ist. Das war nicht festzustellen. Dass es sich

um einen schwer wiegenden Baumangel handelt, hilft dem AG ebenfalls nicht. Denn selbst bei schwer wiegenden Baumängeln besteht kein Anschein für arglistiges Verschweigen eines Bauausführungs- oder Bauüberwachungsfehlers, wenn der Fehler auch auf einfacher Nachlässigkeit beruhen kann. So war es hier, weil der AN unwiderlegt dartun konnte, von der Zulässigkeit der gewählten Dachkonstruktion ausgegangen zu sein.

Praxishinweis

Die Arglisthaftung ist und bleibt in der Praxis ein oft trügerischer Strohalm. Wer nicht von vorneherein einen Planer mit der Leistungsphase 9 beauftragt, sollte daher rechtzeitig vor Ablauf der vereinbarten Mängelfrist eine fachkundige Objektbegehung zur Mängelprüfung beauftragen.



➤ Aus dem Verband

Fachabteilung Straßenbau Regionalgruppe Sachsen

Zum Treffen der Regionalgruppe Sachsen der Fachabteilung Straßenbau am 16. März 2023 gab **Christian Milster**, Leiter der Außenstelle Dresden der Autobahn GmbH des Bundes, einen Einblick in die Strukturen des Unternehmens sowie in die Niederlassung Ost in Halle (Saale) und die Außenstelle Dresden. Anschließend sprach **Lars Baumann**, Referatsleiter Straßen- und Ingenieurbau im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA), über das Bauprogramm für den Straßen- und Brückenbau sowie den Haushalt des Freistaates Sachsen. Ebenso wurden die Fördermöglichkeiten im kommunalen Straßenbau erläutert. Zum Abschluss diskutierten die Anwesenden über den Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE. zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen, der die Themen Tariftreue, Sozialstandards und fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge beinhaltet.



Arbeitskreis Digitalisierung

Die erste Sitzung des Arbeitskreises Digitalisierung im Jahr 2023 fand am 21. März in Leipzig statt. Den Auftakt bildete die Vorstellung der Start-up-Schmiede der Deutschen Bahn, die DB Mindbox. Sie erschließt nach eigenen Angaben die Innovationen der Gründerszene für die Geschäftsfelder des DB-Konzerns und seiner Partner. Angestoßene Projekte erstrecken sich stets über 100 Tage, in denen intensiv am Thema gearbeitet wird. In der anschließenden „Challenge“ werden die aussichtsreichsten Start-ups vor ein konkretes Problem – das Tagesgeschäft auf der Baustelle – gestellt. Im Anschluss präsentierten **Benedikt Beck** von Tough Training und **Mathias Krämer** von der BUG Verkehrsbau SE die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit. Das etablierte Bahnbauunternehmen und das ConTech Tough Training lernten sich durch das DB-Mindbox-Programm kennen. Tough Training bietet eine Schulungs-Software, die sich grundsätzlich den Bedürfnissen der Auftraggeber anpassen lässt. (s. Seite 10) Die Abstimmung mit der BUG Verkehrsbau SE – Gefahrenschulung bei Gleisbauarbeiten – nahm circa drei bis vier Monate in Anspruch. Den zweiten Teil der Sitzung nahm das Building Information Modeling (BIM) und seine Verbreitung im Verbands- und Bundesgebiet ein. Im Rahmen dessen stellte **Inga Stein-Barthelmes**, Geschäftsführerin der planen-bauen 4.0 GmbH, das BIM-Portal des Bundes vor. Ziel dieser Plattform ist die Förderung der Einführung von BIM und digitalen Methoden in der Wertschöpfungskette Bau sowie die Unterstützung der öffentlichen Auftraggeber bei der Digitalisierung.

Arbeitskreis Baurecht

Die Mitglieder des Arbeitskreises Baurecht diskutierten am 21. März 2023 die Abweichungen der Landesbauordnungen von der Musterbauordnung des Bundes und kamen zu der Auffassung, dass die Abweichungen teilweise politisch motiviert sind und auf ein Minimum begrenzt werden müssen. Zudem müsse die Musterbauordnung regelmäßig aktualisiert und im Zuge dessen die Landesbauordnungen der Länder entschlackt, vereinfacht und auf Mindeststandards reduziert werden. Zudem gab es einen Austausch zu den Erfahrungen mit 30-Tage-Zahlungsfristen. Gerade von öffentlichen Auftraggebern wird diese in der Praxis häufig nicht eingehalten.

Regionalgespräch Berlin-Brandenburg

Auf dem EUREF-Campus fand am 28. März 2023 das gemeinsame Regionalgespräch der Regionen Berlin und Brandenburg statt. Bevor [Ingmar Linde](#), Niederlassungsleiter der Wolff & Müller Hoch- und Industriebau GmbH & Co KG, die imposante Baustelle des Gasometers im Herzen Berlins mittels Videos und Besichtigung vorstellte, gab [Dirk Stettner](#), Sprecher für Bauen und Wohnen der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, einen Einblick in die damals laufenden Koalitionsverhandlungen. Neben der Reformierung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes plane man ein Sondervermögen für CO₂-Einsparmaßnahmen und energetische Sanierung der Bestandsbauten des Landes.



Regionalgespräch Sachsen

Am 5. April 2023 fand ein gemeinsames Regionalgespräch der Regionen Leipzig, Dresden und Chemnitz unter Führung von BIVO-Präsident [Jörg Muschol](#) und [Martin Streiber](#), Leiter des ÜAZ Dresden, zu den Möglichkeiten des kooperativen Bauingenieurstudiums statt. Professoren der TU Dresden, der HTW Dresden, der HTWK Leipzig sowie der Berufsakademie Sachsen stellten hierzu die Möglichkeiten und Besonderheiten an ihren jeweiligen Einrichtungen vor. Nachdem ein Studierender über seine persönlichen Erfahrungen berichtete, diskutierten die Teilnehmer die Vor- und Nachteile des dualen Studiums für die spätere berufliche Laufbahn.

Ausschuss für Personalentwicklung

Am 19. April 2023 fand im ÜAZ Leipzig die gemeinsame Frühjahrssitzung des Ausschusses für Personalentwicklung der Regionalgruppen Berlin-Brandenburg und Sachsen/Sachsen-Anhalt statt. Die Personalverantwortlichen der Mitgliedsunternehmen diskutieren mit den anwesenden Referenten mögliche Lösungswege, um dem zunehmenden Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft zu begegnen. Thematisiert wurde der Bedarf an qualifizierten deutschen Fachkräften und die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik. So wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass eine gezielte Erwerbsmigrationsstrategie der Bundesregierung, insbesondere aus Drittstaaten, helfen würde, die demografischen Herausforderungen abzufedern. Zudem wäre ein Abbau bürokratischer Hürden im Visumverfahren und ein Kulturwandel in den Behörden wünschenswert.

Fachabteilung Straßenbau Regionalgruppe Sachsen-Anhalt

In der Sitzung der Fachabteilung Straßenbau am 27. April 2023 informierte **Dr. Stefan Hörold**, Präsident der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt, über das aktuelle Bauprogramm und die Umsetzung des Erlasses des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zu den Preissteigerungen. Die Teilnehmer plädierten für einen partnerschaftlichen und in den Regionalbereichen einheitlichen Umgang mit den entstandenen Mehrkosten. **Florian Grimmer**, Fachgruppenleiter Bautechnik bei der Landesstraßenbaubehörde, berichtete über die Durchführung von Erprobungsstrecken bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen zum Einsatz von temperaturabgesenktem Walzasphalt in Verbindung mit Absaugeinrichtungen am Straßenfertiger. Zudem stellte er die wesentlichen Neuregelungen der Ersatzbaustoffverordnung, die ab dem 1. August 2023 gilt, vor. Ein weiteres Thema war das im März 2023 in Kraft getretene Tariffreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt.

Betriebswirtschaftliche Ausschuss

Am 3. Mai 2023 tagte der Betriebswirtschaftliche Ausschuss im ÜAZ Leipzig. **Falk Rosenhahn** von der TRP Bau GmbH referierte zum Thema „Einführung des digitalen Lieferscheins“. Weitere Themen waren die Umsetzung der Wegezeitentschädigung, die Erfahrungen mit Preisanpassungen gemäß des Bundeserlasses und die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)-Berichterstattung ab 2025 für den Mittelstand. Hier hat sich **Michael Truthmann** von der Industriebau Wernigerode GmbH mit einer technischen Hochschule in den Austausch begeben. Der Diskussionsstand wird in die kommende Sitzung mitgenommen, sodass die CSRD erneut thematisiert werden kann.

Arbeitskreis Ingenieurbau

Als Projektmanagementgesellschaft plant und baut die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) die Verkehrsinfrastruktur im Bereich großer Brücken- bzw. Ingenieurbauwerke im gesamten Bundesgebiet. Die Mitglieder des Arbeitskreises nutzten am 5. Mai 2023 die Gelegenheit, mit den anwesenden Vertretern der DEGES in einen intensiven Meinungs- und Gedankenaustausch zu treten sowie über aktuelle Herausforderungen bei den notwendigen Investitionen im Bereich der Fernstraßen zu sprechen. Dabei wurde noch einmal die Notwendigkeit betont, den Prozess der digitalen Transformation beim Bauen weiter zu forcieren, um letztendlich dadurch kürzere Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeiten in den Projekten zu erzielen.

➤ Termine

27.06.2023	Fachabteilung Leitungsbau Ost in Potsdam
27.06.2023	Arbeitskreis Digitalisierung in Magdeburg
03.07.2023	Sozialpolitischer Ausschuss in Magdeburg
13.07.2023	Regionalgespräch Dresden in Dresden
31.08.2023	Sommerfest in Potsdam in Potsdam
12.09.2023	Fachabteilung Straßenbau Ost in Leipzig
14.09.2023	Lausitzveranstaltung in Lichterfeld-Schacksdorf
19.09.2023	Regionalgespräch Chemnitz in Chemnitz
22.09.2023	Arbeitskreis Ingenieurbau in Potsdam
19.10.2023	Fachabteilung Bahnbau Ost in Potsdam
09.11.2023	VOB-Tagung in Leipzig
14.11.2023	Ausschuss für Personalentwicklung, RG Sachsen/Sachsen-Anhalt in Leipzig
15.11.2023	Betriebswirtschaftlicher Ausschuss in Leipzig
17.11.2023	Arbeitskreis Ingenieurbau in Potsdam
21.11.2023	Ausschuss für Personalentwicklung, RG Berlin/Brandenburg in Potsdam

➤ Baukonjunktur in Zahlen

Kapazitäten

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis März 2023		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost- deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Betriebe	Anzahl	280	356	639	306	2.117
	% zu Jan – Mrz'22	-2,7	-3,8	-2,3	+0,1	-1,6
Tätige Personen¹	Anzahl	16.378	17.757	32.992	16.996	108.947
	% zu Jan – Mrz'22	-0,8	-4,3	-2,3	0,0	-1,3
Brutto- entgeltsumme	1.000 EUR	167.747	171.251	287.304	153.929	990.357
	% zu Jan – Mrz'22	+1,0	-3,2	+1,9	+2,3	+0,9

¹ Personen, die ausschließlich für die Erbringung von baugewerblichen Leistungen der Unternehmen tätig sind.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bauindustrieverband Ost e. V.

Januar – März 2023

Gebiet Bauindustrieverband Ost
Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr

Kapazitäten
Auftragseingang
Umsatz

Auftragseingang

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis März 2023		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost- deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt	1.000 Euro	875.408	688.253	1.517.291	598.905	4.532.208
	% zu Jan – Mrz'22	-9,7	-19,2	-16,9	-9,0	-13,4
Wohnungs- bau	1.000 Euro	174.127	78.600	148.547	55.549	555.767
	% zu Jan – Mrz'22	-55,8	-48,6	-42,3	-35,6	-46,1
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	523.077	370.206	823.204	362.029	2.434.674
	% zu Jan – Mrz'22	+32,6	-7,1	-14,8	+28,0	+0,9
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	178.205	239.447	545.540	181.325	1.541.764
	% zu Jan – Mrz'22	-1,4	-20,4	-9,5	-37,3	-13,7
darunter Straßenbau	1.000 Euro	84.885	131.092	269.437	110.454	766.716
	% zu Jan – Mrz'22	+76,0	+4,2	-11,4	-33,2	-7,1

Umsatz

Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr Januar bis März 2023		Gebiet Bauindustrieverband Ost				Ost- deutschland
		Berlin	Brandenburg	Sachsen	Sachsen-Anhalt	
Gesamt²	1.000 Euro	848.277	693.424	1.262.454	504.907	4.111.422
	% zu Jan – Mrz'22	+4,5	0,0	+7,4	+10,1	+4,4
Wohnungs- bau	1.000 Euro	357.245	184.898	171.625	81.123	950.699
	% zu Jan – Mrz'22	-6,2	-17,9	-19,4	+4,4	-8,8
Wirtschafts- bau	1.000 Euro	313.070	299.136	656.123	252.065	1.840.617
	% zu Jan – Mrz'22	+22,9	+10,0	+11,8	+25,9	+12,6
Öffentlicher Bau	1.000 Euro	177.962	209.391	434.707	171.719	1.320.107
	% zu Jan – Mrz'22	+0,7	+6,9	+15,7	-5,1	+4,7
darunter Straßenbau	1.000 Euro	52.567	92.491	144.474	89.062	473.054
	% zu Jan – Mrz'22	-1,1	-5,8	-5,0	+19,2	-3,7

² Einschließlich sonstiger Umsatz (= Umsatz aus nichtbaugewerblichen Leistungen von Bauunternehmen)



AUFEINANDER BAUEN



Hauptgeschäftsstelle Potsdam

Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam
Fon: 0331 7446-0
Fax: 0331 7446-166
info@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Berlin

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin
Fon: 030 403682730
Fax: 030 403682735
berlin@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Dresden

Neuländer Straße 29, 02129 Dresden
Fon: 0351 31988-0
Fax: 0351 31988-25
dresden@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Leipzig

Heiterblickstraße 35, 04347 Leipzig
Fon: 0341 33637-0
Fax: 0341 33637-34
leipzig@bauindustrie-ost.de

Geschäftsstelle Magdeburg

Lorenzweg 56, 39128 Magdeburg
Fon: 0391 53221-0
Fax: 0391 53221-24
magdeburg@bauindustrie-ost.de

Foto: ANES Bauaustüchtungen Berlin GmbH

Geschäftsstelle Magdeburg

Fon: 0391 53221-0

Fax: 0391 53221-24

magdeburg@bauindustrie-ost.de